



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antwort öffentlich	Drucksachen–Nr.: 22-0304.01
	Datum: 23.04.2025
	Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	24.04.2025

Linksextreme Gewalt eskaliert: Bergedorf im Visier der Antifa

Sachverhalt:

Auskunftsersuchen

der BAbg. Krohn, Seiler, Winkelbach, Meyer, Zimmermann, Schander, Unbehauen
und der AfD Fraktion Bergedorf

In den vergangenen Wochen ist es in Hamburg-Bergedorf vermehrt zu linksextremistischen Straftaten gekommen, die das politische Klima erheblich belasten. Besonders betroffen sind die Stadtteile Bergedorf-West und Lohbrügge, wo es zu Vandalismus und Angriffen auf politische Akteure kam.

Während des aktuellen Bundestagswahlkampfes wurden mehrfach Wahlkampfstände blockiert und Demonstrationen organisiert, um den politischen Gegner zu stören. Zudem wurden Anti-AfD -Flyer verteilt, die gezielt Desinformation verbreiten sollten.

Die Gewalt richtete sich nicht nur gegen Sachwerte, sondern auch gegen Personen. Es kam zu körperlichen Angriffen auf Politiker, zudem wurden Häuser und Autos von politischen Akteuren beschädigt. Ein besonders erschreckendes Beispiel ist ein Hochhaus im Friedrich-Frank-Bogen, dessen gesamtes Erdgeschoss mit dem Schriftzug „Böller auf Bullen! Hass auf den Staat“ besprüht wurde. Diese Taten erinnern an die berüchtigte Hammerbande, die in der Vergangenheit durch Ähnliche Gewalttaten auffiel.

Die Häufung dieser Vorfälle wirft die Frage auf, ob sich in Bergedorf eine neue linksextreme Szene etabliert. Laut dem Hamburger Verfassungsschutz hat sich die linksextreme Szene nach dem G20-Gipfel verändert und versucht verstärkt, gesellschaftliches Engagement für eine Radikalisierung zu nutzen.

Die Behörde für Inneres und Sport nimmt wie folgt Stellung:

Zur Erfassung von Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) sowie zu den Auswertmöglichkeiten und deren Grenzen siehe Bürgerschaftsdrs. 21/3165. Für die nachstehenden

Ergebnisse ist die Kriminaltaktische Anfrage (KTA) des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch motivierte Kriminalität (KPM-D-PMK) als Recherchegrundlage herangezogen worden. Die dargestellten Vorgänge für das Jahr 2025 haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da unterjährige Statistiken Veränderungen durch Nachmeldungen und neue Erkenntnisse unterliegen können.

Dies vorausgeschickt, beantwortet die Behörde für Inneres und Sport die Fragen wie folgt:

1. *Welche Informationen liegen zur Entwicklung der politisch links motivierten Kriminalität in Bergedorf vor?*

Die Fallzahlen der PMK-links in Bergedorf sind nachfolgend dargestellt:

	2020	2021	2022	2023	2024	2025*
Fallzahlen PMK-links Bergedorf gesamt	12	14	12	9	18	2
davon Gewaltkriminalität	0	1	2	0	1	0

*Stand: 01.04.2025

2. *Gibt es Hinweise auf eine neue linksextreme Szene im Bezirk, insbesondere in Bergedorf-West?*
3. *Welche Gruppen oder Strukturen stehen hinter den jüngsten Taten?*
4. *Wie hoch wird das Gewaltpotenzial der linken Szene in Bergedorf eingeschätzt?*

Hierzu wird auf die aktuellen Verfassungsschutzberichte des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg verwiesen (<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-inneres-und-sport/verfassungsschutzberichte-899160>) .

5. *Gibt es aktuelle Zahlen zu politisch motivierten Straftaten (PMK links) im Bezirk?*

Siehe Antwort zu Frage 1.

6. *Sind Verbindungen zu überregional bekannten Gruppen oder Netzwerken erkennbar?*

Siehe Antwort zu Fragen 2 bis 4.

7. *Welche Anlaufstellen gibt es in Bergedorf bzw. Hamburg für Präventionsarbeit im Bereich Linksextremismus?*

Mit der Drucksache „Konsequenzen aus den gewalttätigen Ausschreitungen während des G20-Gipfels“ (Drs. 21/19404) hat der Senat eine „Doppelstrategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz sowie nicht-politisch motivierter Gewalttaten von Jugendlichen und Jung erwachsenen innerhalb von Protestgeschehen“ vorgelegt und kürzlich zum Umsetzungsstand dieser Doppelstrategie berichtet (siehe Drs. 22/18164).

8. *Welche Programme oder Projekte zur Deradikalisierung und Ausstiegs Unterstützung aus der linksextremen Szene werden durch den Bezirk oder die Polizei angeboten oder gefördert?*

9.

In der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes ist die Dienststelle „Prävention gewaltzentrierter Ideologien“ für vermeintliche oder tatsächliche Radikalisierungssachverhalte unterhalb der Schwelle der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung zuständig. Diese Arbeit setzt grundsätzlich die Mitwirkungsbereitschaft des Betroffenen oder des direkten Umfeldes voraus.

Maßnahmen orientieren sich an den jeweiligen Bedarfen im Einzelfall. Sofern zivilgesellschaftliche Beratungsstellen aufgrund ihrer Themenspezifikation involviert werden können, werden diese ebenfalls im Bedarfs- und Einzelfall hinzugezogen. Darüber hinaus siehe Drs. 22/18164. Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 7.

Petition/Beschluss:

Anlage/n:
